



Landkreis Rotenburg (Wümme)

Der Landrat

Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 23. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Kreistages
am 01.09.2011
in Rotenburg, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Kreistagsvorsitzender Abg. Reinhard Brünjes

Landrat Hermann Luttmann

Abg. Heinz-Günter Bargfrede

Abg. Renate Bassen

Abg. Angela van Beek

Abg. Henri Blanken

Abg. Marcus Blanken

Abg. Ralf Borngräber

Abg. Hans-Cord Graf von Bothmer

Abg. Doris Brandt

bis 11.15 Uhr

Abg. Hedda Braunsburger

Abg. Günter Brunkhorst

Abg. Rüdiger Bruns

Abg. Reinhard Bussenius

Abg. Heinz-Friedrich Carstens

Abg. Detlef Cordes

Abg. Klaus Dreyer

Abg. Hans-Heinrich Ehlen

Abg. Hans-Hermann Engelken

Abg. Dr. Hein-Arne zum Felde

Abg. Reinhard Frick

Abg. Dr. Peter Fröhlich

Abg. Barbara Frömming

Abg. Heinz-Dieter Gebers

Abg. Hans-Klaus Genter-Mickley

Abg. Ingrid Grimm

Abg. Ute Gudella-de Graaf

Abg. Hans-Joachim Jaap

Abg. Hinrich Kackmann

Abg. Rudolf Kahrs

Abg. Karl-Hans Keller

Abg. Lühr Klee

bis 11.30 Uhr

Abg. Hans-Jürgen Krahn

bis 12.50 Uhr

Abg. Volker Kullik

Abg. Thomas Lauber

Abg. Hartmut Leefers
Abg. Rolf Lüdemann
Abg. Klaus Mangels
Abg. Jan-Christoph Oetjen
Abg. Angelus Pape
Abg. Bernd Petersen
Abg. Karlheinz Poredda
Abg. Marc Reuter
Abg. Claus Riebesehl
Abg. Helmut Ringe
Abg. Jürgen Rudolph
Abg. Detlef Steppat
Abg. Reinhard Trau
Abg. Elke Twesten
Abg. Manfred Wernecke
Abg. Bernd Wölbern

Verwaltung

Erster KR Dr. Torsten Lühring
KR Sven Höhl
KVD'in Heike von Ostrowski
KVD Markus Pragal
Frau Marianne Schmidt
KOAR Gerd Fricke
VA Jochen Twiefel

Entschuldigt:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Dirk Detjen
Abg. Erich Gajdzik
Abg. Gerhard Holsten
Abg. Christian Sonnenwald

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 22. Sitzung des Kreistages am 22.06.2011
- 4 Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses
- 5 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 6 Örtlicher Beirat für das Jobcenter Rotenburg (Wümme);
Berufung der Mitglieder
Vorlage: 2006-11/1168

Punkt 11.3 der Tagesordnung: **hier: Nachträgliche Zustimmung zu von Schulen im Jahre 2010
angenommenen Zuwendungen**
Vorlage: 2006-11/1174

Beschluss:

Die Annahme der im Jahre 2010 geleisteten Zuwendungen laut Sitzungsvorlage wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 51 |
| Nein-Stimmen: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

Punkt 12 der Tagesordnung: **Geplante Deponie Haaßel**
Vorlage: 2006-11/1178

Auf Nachfrage des **Abg. Wölbern** erklärt **Abg. Bargfrede**, der als Tischvorlage verteilte aktualisierte Beschlussvorschlag der CDU/FDP-Gruppe ersetze die Beschlussempfehlung des Kreisausschusses zu Buchstabe a) der Sitzungsvorlage.

Zum geplanten Flächenverkauf durch den Landkreis bemerkt **Abg. Kullik** es sei positiv, dass sich die CDU/FDP-Gruppe zu einem Verkauf des Grundstückes ohne Bedingungen entschlossen habe. Die SPD-Fraktion habe diese Auffassung von Beginn an vertreten. Nachdem die große Deponielösung vom Tisch sei, hätte der Grundstücksverkauf allerdings eigentlich überflüssig sein sollen. Unter Umständen könne ein Tausch der Flächen, die nicht im Vorranggebiet für Naturschutz liegen, mit den seinerzeit an die Firma Kriete verkauften Flächen noch interessant werden. Er bitte trotzdem um Zustimmung zur Beschlussempfehlung des Kreisausschusses.

Zum von ihm für die SPD-Fraktion gestellten Antrag zu Buchstabe a) der Sitzungsvorlage führt **Abg. Kullik** aus, er habe Hoffnung, dass sich heute eine Mehrheit hierfür finden könne. In dieser Angelegenheit seien im Vorfeld Fehler gemacht worden, die mit dem Antrag der SPD geheilt werden sollten. Damit werde die Verantwortung nicht an das Gewerbeaufsichtsamt abgeschoben und auch die Ablehnung einer kleinen Deponielösung zum jetzigen Zeitpunkt deutlich gemacht. Nach seiner Ansicht sei es der Kardinalfehler gewesen, einen Standort für die Deponie festzulegen und anschließend darauf die weitere Planung aufzubauen. Es dürfe jetzt keine Hintertür für eine Deponie in Haaßel aufgehalten werden. Es müsse zunächst der Bedarf für eine Bauschuttdeponie im Kreisgebiet ermittelt werden. Im Abfallwirtschaftskonzept des Landkreises sei keine Bauschuttdeponie ausgewiesen worden und allein eine Festlegung des Landes reiche als Bedarfsnachweis nicht aus. Im Übrigen hätte das Zielabweichungsverfahren von der Kreisverwaltung nicht ohne Beteiligung der Politik durchgeführt werden dürfen. Die Ziffer 2. des aktualisierten Beschlussvorschlages der CDU/FDP-Gruppe sehe vor, sämtliche Anregungen und Bedenken in der Stellungnahme des Landkreises in einem Planfeststellungsverfahren zu berücksichtigen. Wenn dies so durchgeführt werde, sei das in Ordnung. Sollte der Kreistag dem Vorschlag der SPD-Fraktion nicht folgen, werde seine Fraktion die Rückabwicklung des Kaufvertrages mit der Firma Kriete vorschlagen. Der Landkreis solle lieber hierfür Geld in die Hand nehmen, als das Vertrauen der Bürger aufs Spiel zu setzen.

Abg. Bussenius kritisiert, dass der aktualisierte Beschlussvorschlag der CDU/FDP-Gruppe den Abgeordneten nicht rechtzeitig vor der Kreistagssitzung zugegangen sei. Er begrüßt, dass die große Deponielösung nicht mehr realisiert werde. Die Errichtung einer Bauschuttdeponie auf dem Gelände in Haaßel hätte schwerwiegende Folgen für die dortige schützenswerte Natur gehabt. Der Gemeinde Selsingen würde er zum Kauf des Grundstückes raten. Einer möglichen Kooperation mit dem Landkreis Stade bei der Einrichtung einer Bauschuttdeponie im Landkreis stehe er kritisch gegenüber, weil nicht auszuschließen sei, dass

dort auch verunreinigter Bauschutt aus dem Abriss des stillgelegten AKW Stade abgelagert werden könne. Im Übrigen sei fraglich, ob der Landkreis überhaupt eine Bauschuttdeponie benötige. Würden die Verwertung und das Recycling verbessert, wären die anfallenden Restmengen geringer. Nach seiner Ansicht solle auf einer Deponie im Kreisgebiet bevorzugt Bauschutt aus dem Landkreis abgelagert werden. Dabei sollten bereits belastete Flächen, wie ehemalige Industrieflächen oder Bundeswehrstandorte, vorrangig in Anspruch genommen werden. Er halte ein neues Suchraumverfahren für notwendig. Eine Deponie in Haaßel werde von seiner Fraktion abgelehnt.

Abg. Dr. zum Felde führt aus, den betroffenen Bürgern dürfe nicht mit Äußerungen über eine mögliche Ablagerung von verstrahltem Bauschutt Angst gemacht werden. Derartiger Abfall sei in einer Deponie Klasse I nicht zugelassen. Den Verkauf der Flächen zur Errichtung einer Bauschuttdeponie an die Firma Kriete bezeichne er als Fehler. Nach seiner Ansicht habe sich herausgestellt, dass die Flächen für eine Bauschuttdeponie, gleich welcher Größe, nicht geeignet seien.

Abg. Bargfrede erklärt, der Kreistag habe im Jahr 2009 einstimmig beschlossen, ein kreiseigenes Grundstück zur Errichtung einer Boden- und Bauschuttdeponie an die Firma Kriete zu verkaufen. Anschließend habe die Kreisverwaltung im Benehmen mit der Gemeinde und der Samtgemeinde Selsingen ein Zielabweichungsverfahren durchgeführt. Das eine Beteiligung der Politik und der Öffentlichkeit in diesem Verfahren praktisch nicht stattgefunden habe, weil das Grundstück sich im Bereich der 1988 planfestgestellten Hausmülldeponie befand, sei zwar rechtlich in Ordnung, politisch aber ein Fehler gewesen. Die Firma Kriete habe anschließend weitere Grundstücke von privaten Eigentümern innerhalb des vormaligen Hausmülldeponiegebietes aufgekauft und beim Gewerbeaufsichtsamt den Antrag auf Einrichtung einer Bauschuttdeponie (Klasse I) gestellt. Der Antrag habe in dieser Form alle überrascht. In der Stellungnahme des Landkreises in diesem Genehmigungsverfahren seien nicht nur die Bedenken der Kreisverwaltung zusammengestellt worden. Vor allem sei mit den Stimmen der CDU/FDP-Gruppe klar gestellt worden, dass der Landkreis ein ihm noch in diesem Gebiet gehörendes Grundstück nicht verkaufen und auch die kreiseigene Straße nicht zur Verfügung stellen werde. Die große Deponielösung sei damit nicht mehr zu verwirklichen gewesen. In der Zwischenzeit habe die Firma Kriete alle Beteiligten zu einem Runden Tisch eingeladen und angekündigt, einen Antrag auf Einrichtung einer kleinen Deponie erarbeiten zu lassen, der voraussichtlich Ende Oktober beim Gewerbeaufsichtsamt eingereicht werde. In der hierzu vom Landkreis abzugebenden Stellungnahme sollten nach dem Willen der CDU/FDP-Gruppe alle fachlich berechtigten Bedenken und Anregungen, auch jene, die vom Naturschutzbeauftragten des Landkreises und von Vertretern der Bürgerinitiative an den Landkreis herangetragen würden, aufgenommen und berücksichtigt werden. Wenn von einer Bauschuttdeponie eine Gefahr für Menschen, Umwelt und Natur ausgehe, dürfe sie an dieser Stelle nicht eingerichtet werden. Die CDU/FDP-Gruppe habe bereits Vertreter aller Beteiligten in diesem Verfahren angehört, einen Ortstermin durchgeführt und mit den Vertretern der Bürgerinitiative gesprochen. Festzuhalten bleibe, dass der Verlauf des weiteren Verfahrens zunächst allein von der Firma Kriete als Antragstellerin und dem Gewerbeaufsichtsamt als Genehmigungsbehörde abhängen werde. Die Kreistagsabgeordneten der CDU und der FDP seien gewillt, alle weiteren Schritte mit den Vertretern der Bürgerinitiative, den Verbänden, der Samtgemeinde und der Gemeinde Selsingen abzustimmen. Wenn die Gemeinde Selsingen das dem Landkreis noch gehörende Grundstück erwerben wolle, würden die Mitglieder der CDU/FDP-Gruppe diesem Antrag zustimmen. Die Stellungnahme des Landkreises in einem neuen Planfeststellungsverfahren solle vom Kreistag beraten und beschlossen werden. Der Antrag der SPD-Fraktion bringe in dieser Angelegenheit keinen Fortschritt. Weder eine Diskussion über die Notwendigkeit einer Bauschuttdeponie, noch ein aufwändiges Suchraumverfahren hätten Auswirkungen auf das Genehmigungsverfahren. Mit dem Beschluss über den Grundstücksverkauf im Jahr 2007 hätte der Kreistag bereits entschieden, dass diese Bauschuttdeponie von einem privaten Betreiber betrieben werden solle. Der aktualisierte Beschlussvorschlag der CDU/FDP, wie er den Mitgliedern des Kreistages auf den Tisch gelegt worden sei, umfasse alle wichtigen Punkte. Eine Rückabwicklung des Kaufvertrages könne nicht allein durch einen Beschluss des Kreistages erreicht werden, dem würde auch

der Vertragspartner zustimmen müssen. Es dürften keine falschen Versprechungen gemacht werden, sondern es müssten verlässliche Entscheidungen für die Bürger getroffen werden.

Abg. Petersen meint, das gesamte Verfahren sei nicht transparent genug gewesen. Die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Planung im Juni 2011 bezeichnet er als Wendepunkt. Darin habe Einvernehmen bestanden, im Verfahren wieder bei „Null“ zu beginnen. Deswegen solle der Bedarf für eine Bauschuttdeponie im Landkreis ermittelt und anschließend ein Suchraumverfahren durchgeführt werden. Der Kreistag könne damit ein deutliches Signal setzen und versuchen, verlorenes Vertrauen zurück zu gewinnen.

Abg. Dr. Fröhlich hält die Möglichkeit einer Ablagerung von Bauschutt aus dem Abbruch des stillgelegten AKW Stade auf einer Bauschuttdeponie für fraglich. Der von der CDU/FDP-Gruppe vorgelegte Beschlussvorschlag biete die Möglichkeit, die Fehler der Vergangenheit zu beheben. Wenn der Landkreis durch das Gewerbeaufsichtsamt zu einer Stellungnahme in einem neuen Genehmigungsverfahren auf Antrag der Firma Kriete aufgefordert werde, müssten alle Fakten durch den Kreistag in die Stellungnahme des Landkreises eingebracht werden. Er sei gegen eine Bauschuttdeponie in Haaßel, aber dies müsse von Fachleuten beurteilt werden. Die Beteiligung der Öffentlichkeit bekomme bei derartigen Verfahren immer mehr Bedeutung. Eine umfassende Information der Bevölkerung sei nötig, um im Konsens mit den Bürgern entscheiden zu können.

Abg. Pape meint, der gute Zustand der Natur in Haaßel solle erhalten bleiben. Wenn ein erneuter Antrag durch die Firma Kriete gestellt werde, würde der Landkreis vom Gewerbeaufsichtsamt im Verfahren zu einer Stellungnahme aufgefordert. Nach seiner Ansicht, könne auch eine kleine Deponielösung verhindert werden. Er hält ein neues Suchraumverfahren für notwendig und begrüßt, dass die Bürgerinitiative in dieser Angelegenheit in ihren Bemühungen nicht nachgelassen habe.

Abg. Dreyer vertritt die Ansicht, der Landkreis solle selbst aktiv werden und zur Eignung des Standortes Haaßel als Bauschuttdeponie ein Gutachten einholen und dem Gewerbeaufsichtsamt vorlegen. In dieser Angelegenheit hätte fraktionsübergreifend gehandelt werden sollen. Er kritisiert, dass die Beschlüsse aus dem gemeindlichen Gremien dem Kreistag nicht bekannt gegeben worden seien. Der heute vorgelegte Beschlussvorschlag der CDU/FDP-Gruppe enthalte keine konkreten Aussagen und hätte nach seiner Auffassung den Fraktionen rechtzeitig vor der Kreistagssitzung zugeleitet werden sollen. Die Kreistagsabgeordneten sollten sich gemeinsam für die Belange der Bevölkerung des Landkreises einsetzen.

Abg. Bruns führt aus, bei der Entscheidung über den Verkauf der Flächen an die Firma Kriete sei der Kreistag von falschen Voraussetzungen ausgegangen. Deshalb müsse das gesamte Verfahren neu geprüft werden. Hierzu gehöre auch, ob eine Bauschuttdeponie privat oder von der öffentlichen Hand betrieben werden solle. Positiv sei, dass begangene Fehler zugegeben würden.

Abg. Bussenius weist darauf hin, dass der Abfallwirtschaftsausschuss bisher nicht mit der Angelegenheit befasst worden sei. Seine Argumente gegen eine Kooperation mit dem Landkreis Stade bei der Einrichtung einer Bauschuttdeponie stützt er mit einem Hinweis auf einen Pressebericht in der Böhme-Zeitung, wonach die Ablagerung von Bauschutt aus dem Abbruch des AKW Stade auf der Deponie Hillern im Landkreis Soltau-Fallingb. künftig nicht mehr zugelassen werde. Er halte Misstrauen für berechtigt, weil auch noch andere Stoffe, z. B. aus der Hafenerweiterung in Stade oder von der Firma Dow Chemical aus dem Landkreis Stade auf eine Deponie im Landkreis Rotenburg (Wümme) gelangen könnten.

Auf Nachfrage des **Abg. Kullik** bestätigt **Abg. Bargfrede**, der Beschlussvorschlag der CDU/FDP-Gruppe sehe vor, dass alle vorgebrachten Bedenken und Anregungen vom Kreistag in die Stellungnahme des Landkreises in einem neuen Planfeststellungsverfahren an das Gewerbeaufsichtsamt übernommen werden sollten.

Abg. Kullik erklärt, der Kreistag solle ein deutliches Signal senden und dem von ihm formulierten Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion zustimmen.

Anschließend wird über die vorliegenden Anträge zu Buchstabe a) abgestimmt.

Kreistagsvorsitzender Brünjes trägt den Antrag des Abg. Kullik aus der Sitzung des Umweltausschusses vom 28.06.2011 vor. Dieser habe folgenden Wortlaut:

„Eine Deponie gleich welcher Art wird am Standort Haaßel zum jetzigen Zeitpunkt vom Landkreis nicht unterstützt, bis folgendes geprüft bzw. bearbeitet ist:

- 1. Welcher Bedarf für eine Bodendeponie im Landkreis besteht? („Bauschuttdeponie“/ Deponie Klasse I, benötigte Flächengröße, benötigtes Deponievolumen, jährliches Aufkommen, Deponielaufzeit, „Landkreisdeponie“/überregionale Deponie)*
- 2. Wer betreibt eine eventuell notwendige Deponie? (Landkreis in Eigenregie oder private Investoren)?*
- 3. Ein neues Suchraumverfahren“*

Bei der anschließenden Abstimmung wird dieser Antrag mit 24 Ja-Stimmen und 27 Nein-Stimmen abgelehnt.

Kreistagsvorsitzender Brünjes trägt den aktualisierten Antrag der CDU/FDP-Gruppe vom 29.08.2011 vor. Dieser habe folgenden Wortlaut:

„Der Kreistag stellt fest:

- 1. Über die Genehmigung einer Boden- und Bauschuttdeponie in Haaßel entscheidet das Gewerbeaufsichtsamt in Lüneburg als Genehmigungsbehörde auf Antrag der Firma Kriete.*
- 2. Der Kreistag wird sicherstellen, dass alle Fakten, Anregungen und Bedenken, die gegen die Einrichtung einer Deponie in Haaßel sprechen, im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens in die Stellungnahme des Landkreises aufgenommen werden.*
- 3. Wenn von der Deponie Gefahren für Menschen, Umwelt und Natur ausgehen könnten, darf sie an diesem Standort nicht eingerichtet werden.“*

Abg. Kullik beantragt, über die Ziffern 1. bis 3. Antrages getrennt abzustimmen.

Bei der Abstimmung wird Ziffer 1. des Antrages mit 27 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.

Die Ziffer 2. des Antrages wird mit 30 Ja-Stimmen und 21 Enthaltungen beschlossen.

Die Ziffer 3. des Antrages wird mit 30 Ja-Stimmen und 21 Enthaltungen beschlossen.

Danach erfolgt die Abstimmung über den Beschlussvorschlag zu Buchstabe c). der Sitzungsvorlage. **Kreistagsvorsitzender Brünjes** trägt die Beschlussempfehlung des Kreis-ausschusses vor:

„Der Landkreis ist bereit, das Flurstück 20/18 der Flur 2 von Haaßel an die Gemeinde Sel-singen zu einem angemessenen Preis zu verkaufen.

Die Gemeinde muss sich verpflichten, die Aufforstung zu erhalten und nach forstfachlichen Kriterien zu pflegen.“

Diese wird im Anschluss einstimmig mit 51 Ja-Stimmen beschlossen.

Kreistagsvorsitzender Brünjes unterbricht die Sitzung von 10.45 Uhr bis 11.15 Uhr.

Abg. Brandt verlässt die Sitzung um 11.15 Uhr.